

Keine Mehrheit für einen Ortsrat

CDU stimmt gegen eine Vertretung für die Kernstadt – Bremervörder werden am 27. September darüber beschließen

Von Rainer Klöfkorn

Bremervörde. 2009 ist das Jahr der Bürgerentscheide: Nachdem am 7. Juni alle Kreiseinwohner über den Rettungsdienst abstimmen konnten, werden die Bremervörder am 27. September zur Stimmabgabe aufgefordert. Sie haben zu entscheiden, ob für die Kernstadt ein Ortsrat gebildet wird oder nicht. Mit der Zustimmung im Stadtrat hätte der Entscheid noch gestoppt werden können. Doch die CDU-Fraktion stimmte am Dienstag geschlossen dagegen – jetzt hat der Bürger das Wort.

Bereits in der vergangenen Wahlperiode waren die Oppositionsfraktionen mit ihrer Forderung nach einem Ortsrat an der Ratsmehrheit gescheitert. Daraufhin wurde ein Bürgerbegehren initiiert, das erfolgreich verlief: Die Zahl der Unterschriften reicht aus, um einen Bürgerentscheid beantragen zu können.

Zuvor jedoch startete die Opposition einen erneuten Versuch, im Stadtrat eine Mehrheit für ihre Forderung zu bekommen. Noch einmal listete der SPD-Fraktionsvorsitzende Heinrich Tiedemann Argumente auf, die seiner Meinung nach für einen Ortsrat für Bremervörde sprechen: Unter anderem die Gleichbehandlung mit den Dörfern, in denen es Ortsräte gibt, und den Versuch, das Engagement der Bremervörder für ihre Kernstadt zu fördern.

Die CDU sah dagegen keine Notwendigkeit für ein weiteres Gremium. „Wir werden uns dem Bürgerentscheid stellen, aber gegen einen Ortsrat argumentieren“, sagte ihr Fraktionschef Frank Pin-



Die Stimmzähler Thorsten Wruck (links stehend) und Knud Spardel informierten Uwe Matthias, der am Dienstag die Stadtratssitzung in Vertretung von Reinhard Brünjes leitete, über das Ergebnis der geheimen Abstimmung. Links Bürgermeister Eduard Gummich, rechts Bauamtsleiter Wilhelm Gathmann. Kleines Foto: SPD-Abgeordneter Rüdiger Holst bei der Stimmabgabe, die der Bürgermeisterversorger Detlev Fischer (links) leitete.

Foto: Klöfkorn

gel. Anders als in den Dörfern mache ein Bremervörder Ortsrat angesichts der geringen Kompetenzen keinen Sinn.

Dies sah Hans-Klaus Genter-Mickley (SPD) anders. Es fehlte den Bürgern der Kernstadt an ei-

ner Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Das habe zu einer tiefen Verdrossenheit geführt, die auch auf die Lage im Stadtrat zurückzuführen sei: Hier stünden sich zwei Blöcke im Rat gegenüber. Vor allem die CDU mit ih-

rem Politikstil, ihre Ziele stets mit einer einheitlichen Meinung durchzuziehen und keine Abweichungen zuzulassen, schade der Kernstadt“, analysierte Genter-Mickley.

Kritik übte dagegen Peter Ho-

heisel (CDU) am Vorgehen der Opposition. Er zeigte sich verwundert über den Antrag, im Stadtrat über den Ortsrat zu entscheiden. Nachdem die Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt seien, müsse jetzt auch den Einwohnern Gelegenheit zur Abstimmung gegeben werden. „Wenn der Bürger ja zum Ortsrat sagt, werden wir das auch durchziehen“, sagte der Bremervörder zu.

In der von der SPD beantragten geheimen Abstimmung über die Einführung des Ortsrates setzten sich die Gegegner durch. 16 Abgeordnete – genau die Anzahl der CDU-Fraktionsmitglieder, einschließlich Bürgermeister Eduard Gummich – stimmten dagegen. 13 Abgeordnete stimmten dafür, hinzu kam eine Stimmenthaltung.

Bis nach der Bürgerentscheidung, die vermutlich zeitgleich mit der Bundestagswahl am 27. September stattfinden wird, zog der FDP-Abgeordnete Dr. Stefan Hoppe-Seyler seinen Zusatzantrag zurück. Darin plädierte er – als Voraussetzung für seine Zustimmung zu einem Ortsrat – für eine Verkleinerung des Stadtrates um mindestens zwei Abgeordnete. Dies lasse es zu, bei der nächsten Kommunalwahl nur noch einen Wahlkreis zu bilden: „Damit würde sich die Einheit unserer Ortschaften widerspiegeln und nicht die ewig fortgeschriebene Dualität und Rivalität zwischen Kernstadt und Dörfern.“

Für den CDU-Fraktionschef Pingel ist dies keine Alternative. Es müsse das Ziel aller Parteien sein, möglichst viele Kandidaten für den Stadtrat zu gewinnen. Insofern wäre eine Verkleinerung des Gremiums, da dann auch weniger Sitze zur Verfügung stünden, kontraproduktiv.